

Die Finanzkrise ist nicht an allem schuld

Arbeitsmärkte in Europa. Viele EU-Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten den Arbeitsmarkt so nachhaltig reformiert, dass selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise den Jobaufbau nicht wirklich ausbremsen konnte.

Die Arbeitsmärkte in den einzelnen EU-Staaten haben ganz unterschiedlich auf die vergangene Krise reagiert (Grafik Seite 2):

- In den Niederlanden und Österreich herrscht immer noch nahezu Vollbeschäftigung.
- In Deutschland und Nordeuropa erreichen die Arbeitslosenquoten bei weitem nicht die 10-Prozent-Marke.
- Nur in Südeuropa und in Irland haben 15 bis 24 Prozent der Erwerbspersonen keine Arbeit.

Eine gemeinsame EU-Arbeitsmarkt- und Wachstumspolitik dürfte daher eher wie eine Gießkanne wirken und wird den Problemen im Süden des Kontinents kaum gerecht.

Massenarbeitslosigkeit ist zudem für die meisten Mitgliedsländer keine neue Erfahrung. In Spanien war bereits Mitte der 1990er Jahre fast ein Viertel der Menschen ohne Job. Irland registrierte in den 1980er Jahren Quoten von über 18 Prozent, in Großbritannien suchten 12 Prozent

der Menschen Arbeit – mehr als hierzulande auf dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise im Jahr 2005.

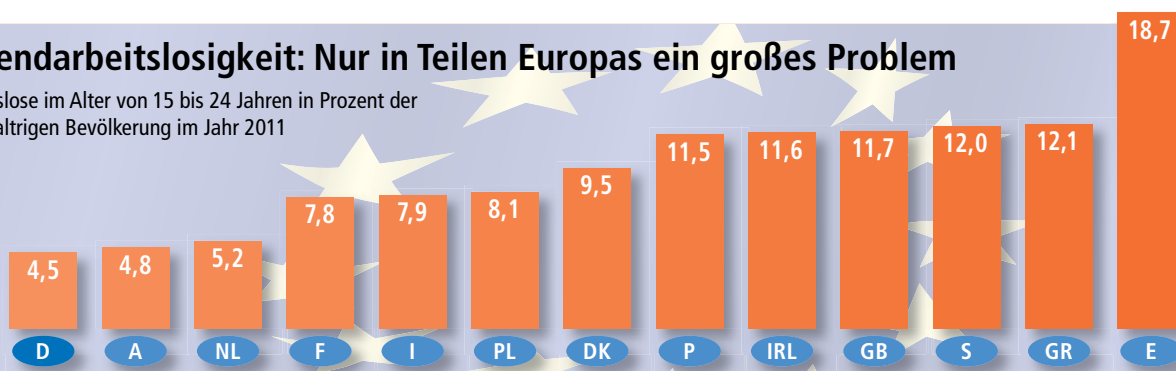
Selbst die Niederlande verzeichneten in den 1980er Jahren Arbeitslosenquoten von 11 Prozent, und Dänemark hatte zu Beginn der 1990er Jahre mit mehr als 10 Prozent zu kämpfen.

Vielen dieser Länder ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, und zwar nicht mit Ausgabenprogrammen, sondern – wie in Deutschland – mit Struktur-reformen:

Die Niederlande schnürten in den vergangenen zwei Jahrzehnten →

Jugendarbeitslosigkeit: Nur in Teilen Europas ein großes Problem

Arbeitslose im Alter von 15 bis 24 Jahren in Prozent der gleichaltrigen Bevölkerung im Jahr 2011



Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwwd 24

Inhalt

Betreuungsgeld. Das Bundeskabinett hat das Betreuungsgeld verabschiedet – ein teures und problematisches Instrument.
Seite 3

G20-Gipfel. Die Industrie- und Schwellenländer wollen sich u. a. mit dem Klima und der Ernährungssicherheit beschäftigen.
Seite 4

Stiftungen. Die Zahl der Stiftungen in Deutschland ist 2011 auf einen Rekord von fast 19.000 gestiegen.
Seite 5

Factoring. Alternative Formen der Unternehmensfinanzierung wie das Factoring sind auf dem Vormarsch.
Seite 6

Bundshaushalt. Deutschland wird bis 2016 zwar weniger neue Schulden machen, aber kaum Ausgaben reduzieren.
Seite 7

Nachhaltigkeit. Bereits vor 20 Jahren haben sich 178 Nationen einem Nachhaltigkeitsleitbild verpflichtet.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ ein Paket aus einvernehmlicher Lohnzurückhaltung, mehr Teilzeitarbeit, Flexibilisierung durch Zeitarbeit, Aktivierung von Arbeitslosen und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Arbeitslosenquote halbierte sich innerhalb von fünf Jahren nahezu.

Dänemark erzielte ähnliche Erfolge, indem es seine Arbeitsmarktpolitik in den 1990er Jahren stärker aktivierend ausrichtete und dabei vor allem die Mitwirkungspflichten der Arbeitslosen betonte.

In Großbritannien wurden in den 1990er Jahren Lohnersatzleistungen gekürzt und neue Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung geschaffen. Später wurden im Rahmen des „New Deal“ der Blair-Regierung auch verstärkt Aktivierungsmaßnahmen eingeführt.

Die Reformen waren dabei fast überall so nachhaltig, dass die meisten Länder in puncto Arbeitslosigkeit trotz Krise heute besser dastehen als vor rund zwei Jahrzehnten.

Umgekehrt gibt es nur wenige Staaten, in denen die Arbeitslosigkeit erst im Zuge der Finanz- und Währungskrise auf ein Rekordniveau stieg. Dazu zählt Griechenland, wo die Arbeitslosigkeit schon immer recht hoch war, sich in den vergangenen Jahren aber noch einmal deutlich erhöht hat. Finanzspritzen werden daran nichts ändern.

Auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit muss differenzierter betrachtet werden, als es manche Medien und Institutionen tun. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO zum Beispiel warnte jüngst sogar vor einer „verlorenen Generation“ in Europa und verwies auf die hohen Arbeitslosenquoten für Jugendliche: 53 Prozent in Griechenland, 51 Prozent in Spanien, 36 Prozent in Italien und Portugal.

Allerdings bedeutet eine Jugendarbeitslosenquote von 50 Prozent keineswegs, dass jeder zweite Jugendliche arbeitslos ist. Denn die Quote bezieht sich auf die Erwerbspersonen, also jene Jugendlichen, die

dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Schüler und Studenten tauchen in der Rechnung gar nicht auf. Bezieht man die Zahl der arbeitslosen jungen Leute auf die Zahl der Jugendlichen insgesamt, kommt man selbst für Griechenland zu ganz anderen, weniger dramatischen Werten (Grafik Seite 1).

Insofern verwundert es nicht, dass die Einwanderung aus den Krisenländern nach Deutschland bislang relativ gering war. Im vergangenen Jahr kamen zwar rund 25.000 Personen aus Griechenland nach Deutschland. Da aber im selben Zeitraum 11.000 Personen aus Deutschland nach Griechenland auswanderten, verblieb lediglich ein Saldo von 14.000 Einwanderern.

Insgesamt wanderten im Jahr 2011 unterm Strich nur 39.000 Personen aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal nach Deutschland ein.

Einen Run auf den deutschen Arbeitsmarkt gibt es eher aus Osteuropa. Allein aus Polen kamen 66.000 Personen, aus den osteuropäischen Ländern insgesamt – einschließlich Bulgarien und Rumänien, für die die Freizügigkeit noch bis Ende 2013 eingeschränkt ist – wanderten per saldo 162.000 Menschen ein. Das waren mehr als viermal so viele wie aus dem Süden der EU.

Für die individuelle Entscheidung, in ein anderes Land auszuwandern, ist ohnehin nicht nur die aktuelle Arbeitsmarktlage von Bedeutung. Entscheidend ist letztlich, welche Erwartungen die Menschen haben. Wer hofft, dass die Krise bald ausgestanden sein wird, packt kaum seine Siebensachen. Deshalb ist auch bei einer weiterhin schlechten Arbeitsmarktlage im EU-Süden von dort keine große Auswanderungswelle nach Deutschland zu erwarten.

Massenarbeitslosigkeit: Für viele Länder keine neue Erfahrung

Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen

	1995	2000	2005	2010	2012 (März)
Österreich	4,4	4,7	5,2	4,5	4,0
Niederlande	7,2	2,7	4,8	4,5	5,0
Deutschland	8,2	8,0	11,3	7,2	5,6
Schweden	9,0	5,5	7,9	8,6	7,3
Dänemark	7,0	4,5	4,9	7,6	8,1
Vereinigtes Königreich	8,8	5,6	4,8	7,9	8,1
Italien	11,8	11,0	7,8	8,5	9,8
Frankreich	11,9	10,3	8,9	9,4	10,0
Polen	–	16,6	18,0	9,7	10,1
Irland	12,2	4,4	4,4	13,9	14,5
Portugal	7,4	4,0	8,1	11,4	15,3
Griechenland	9,3	11,5	10,0	12,7	21,7
Spanien	22,8	13,9	9,2	20,2	24,1

Quelle: Eurostat

Fehlgriff mit Folgen

Betreuungsgeld. Das Bundeskabinett hat vergangene Woche den Weg frei gemacht für das Betreuungsgeld – ein teures und problematisches Instrument.

Der Gesetzentwurf zum Betreuungsgeld, den Familienministerin Kristina Schröder Ende Mai vorgelegt hatte, birgt wenig Überraschungen: Ab 1. Januar 2013 sollen Eltern, die ein einjähriges Kind zu Hause betreuen und nicht in eine Kindertagesstätte bringen, 100 Euro im Monat bekommen. Ein Jahr später soll das Betreuungsgeld auf monatlich 150 Euro angehoben und auch für Zweijährige gewährt werden, die in häuslicher Obhut aufwachsen.

Die Aufregung um die „Herdprämie“, wie Kritiker das Betreuungsgeld nennen, kommt recht spät. Bereits beim Krippengipfel 2007 wurde es auf Drängen der CSU beschlossen – zusammen mit dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige ab 2013.

Doch genau diese Verquickung zeigt die Zweischnidigkeit der deutschen Familienpolitik: Einerseits wird das Angebot an staatlich geförderten Plätzen in Kindertagesstätten ausgeweitet, andererseits die Kleinkindbetreuung zu Hause finanziell unterstützt. Prekärerweise kommt die Initiative zum Betreuungsgeld auch noch zu einem Zeitpunkt aufs Tapet, zu dem das Familienministerium selbst einräumen muss, dass deutschlandweit derzeit noch mindestens 160.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige in Kitas und bei Tagesmüttern fehlen.

Allein deshalb wäre es naheliegender gewesen, das Geld, das ab kom-

Wie der Staat Familien finanziell unterstützt

So viel Prozent des Bruttoinlandsprodukts wendeten die Länder für diese familienpolitischen Leistungen auf

	Direktzahlungen	Steuererleichterungen	Insgesamt
Luxemburg	2,66	0,00	2,66
Vereinigtes Königreich	2,13	0,33	2,46
Ungarn	2,24	0,00	2,24
Belgien	1,60	0,58	2,19
Österreich	2,15	0,04	2,19
Frankreich	1,33	0,72	2,05
Deutschland	1,09	0,88	1,97
Schweden	1,49	0,00	1,49
Dänemark	1,48	0,00	1,48
Finnland	1,48	0,00	1,48
Norwegen	1,36	0,10	1,47
Niederlande	0,61	0,85	1,46
Polen	0,79	0,50	1,29
Portugal	0,71	0,17	0,88
Spanien	0,52	0,24	0,75
Griechenland	0,69	0,00	0,69
Italien	0,65	0,00	0,65

Länderauswahl: Direktzahlungen: z.B. Kinder- und Elterngeld; Steuererleichterungen: z.B. Kinderfreibeträge
Stand: 2007; Quelle: OECD

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Ind 24

mendem Januar für die häusliche Betreuung ausgegeben werden soll, in den forcierten Ausbau und Betrieb von Kindertageseinrichtungen oder in den Ausbau von Ganztagschulen zu stecken. Dabei geht es um beträchtliche Summen:

Für 2013 veranschlagt das Familienministerium die Ausgaben für das Betreuungsgeld mit 400 Millionen Euro. 2014 sind dafür 1,1 Milliarden Euro eingeplant, ab 2015 jährlich 1,2 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass die nicht institutionelle Kinderbetreuung in Deutschland längst relativ üppig gefördert wird (Grafik):

Deutschland gab 2007 fast 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Direktzahlungen wie das Kindergeld sowie für Steuererleichterungen für Familien aus.

Neben den Kosten sprechen jedoch noch zwei inhaltliche Gründe gegen das Betreuungsgeld:

- **Geringere Erwerbsbeteiligung.** Viele Mütter wollen arbeiten, aber

auch möglichst viel Zeit mit ihren Kleinkindern verbringen. Oft kommt dann nur eine Teilzeittätigkeit infrage. Vor allem für Mütter, die wenig verdienen, lohnt sich aber mit der Einführung des Betreuungsgelds eine Teilzeittätigkeit nicht mehr – schließlich müssten sie bei einer Erwerbstätigkeit nicht nur Kitagebühren zahlen, sondern auch auf das Betreuungsgeld verzichten.

Frauen, die für längere Zeit ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, finden später außerdem oft gar keine Stelle mehr oder aber nur eine, die deutlich unter ihrem ursprünglichen Qualifikationsniveau liegt und vergleichsweise niedrig entlohnt wird.

- **Schlechtere Entwicklungschancen.** Besonders Kinder aus bildungsfernen Familien und Migrantenhaushalten profitieren von der frühkindlichen Förderung in Kitas und Kindergärten. Bleiben diese Kinder nun zu Hause, könnte dies negative Auswirkungen auf ihre Schullaufbahn haben.

Wachstum ist nicht alles

G20-Gipfel. Wenn sich die führenden Industrie- und Schwellenländer kommende Woche in Mexiko treffen, geht es nicht nur um die wirtschaftliche Stabilisierung oder die internationale Finanzarchitektur. Die G20-Teilnehmer wollen sich auch mit Themen wie der Ernährungssicherheit und dem Klimawandel beschäftigen.

Sie stehen für einen ziemlich großen Teil der Welt: die G20, die 20 größten Industrie- und Schwellenländer. Sie repräsentieren rund 88 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und mehr als 66 Prozent der Weltbevölkerung.

Kraft ihrer Größe sind sie aber auch für so manche Schattenseiten verantwortlich – auf das Konto der G20-Staaten gehen zum Beispiel 80 Prozent des globalen Treibhausgasausstoßes. Trotz ihrer wirtschaftlichen Macht vermögen es zudem acht der G20-Länder nicht, ihre Bevölkerung satt zu bekommen (Tabelle):

Vor allem in Indien und in Indonesien ist der Anteil der unterernährten Kinder erschreckend groß.

Auch deshalb stehen beim nächsten G20-Gipfel, der am 18. und 19. Juni in Mexiko stattfindet, nicht nur die obligatorischen Themen Wachstum und Beschäftigung auf der Agenda. Die führenden Wirtschaftsmächte wollen sich auch mit der Verbesserung der Ernährungssicherheit beschäftigen und ihr Augenmerk deshalb auf die schwankenden Rohstoffpreise lenken. Wünschenswert wäre es zudem, wenn die Europäische Union ihre Agrarpolitik unter die Lupe nähme. Schließlich ist sie, weil sie den Export von Agrarprodukten subventioniert, für den Hunger in Afrika mitverantwortlich.

Auch der Kampf gegen den Klimawandel wird ein wichtiges Thema der G20-Teilnehmer sein. Erst kürzlich forderte Mexikos Präsident Felipe Calderón Hinojosa, die Staaten dürften sich nicht darauf beschrän-

Hunger: Auch in G20-Ländern ein Problem

So viel Prozent der Kinder in diesen Staaten aus der Gruppe der G20 waren ...

	leicht untergewichtig	stark untergewichtig
Indien	44	16
Indonesien	18	5
Südafrika	9	–
China	4	–
Türkei	4	–
Mexiko	3	–
Argentinien	2	–
Brasilien	2	–

Kinder: unter 5 Jahren
Stand: 2006 bis 2009; Quelle: Weltgesundheitsorganisation

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwv24

ken, die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise überwinden zu wollen. Sie müssten vielmehr auch im Blick behalten, wie sie dem Klimawandel Paroli bieten können. Dem mexikanischen Politiker zufolge ist es gerade das „grüne Wachstum“, mit dem die wirtschaftliche Stabilität wiederhergestellt und der Klimawandel erfolgreich bekämpft werden kann.

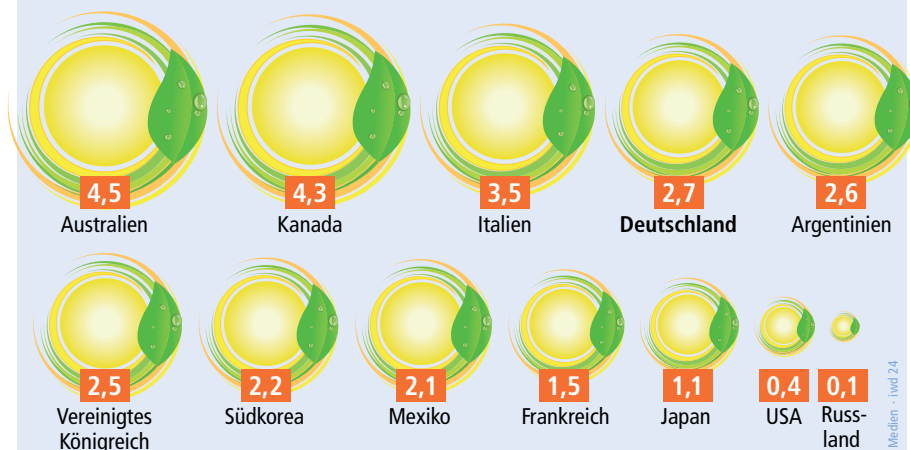
Allerdings sind auch hier die Anstrengungen der G20 höchst unterschiedlich ausgeprägt (Grafik). Viele Staaten haben in den vergangenen Jahren ihre Ausgaben für die Umweltforschung reduziert, nur wenige haben ihr Budget kräftig aufgestockt – zum Beispiel „Down Under“:

Australien steckte zuletzt 4,5 Prozent seiner Staatsausgaben in die Entwicklung grüner Technologien, 1995 waren es erst 1,2 Prozent.

Deutschland dagegen hat seine Ressourcen für die Umweltforschung heruntergefahren. Zwar war der Anteil der entsprechenden Investitionen an allen Staatsausgaben mit 2,7 Prozent im Jahr 2011 international gesehen nach wie vor recht hoch – 1995 standen für die Umweltforschung jedoch noch 3,6 Prozent des Etats zur Verfügung.

Umweltforschung: Unterschiedliche Prioritäten

So viel Prozent ihrer staatlichen Gesamtausgaben investierten diese Länder 2011 in die Umweltforschung



Länderauswahl: Vereinigtes Königreich, USA: 2010; Russland: 2009; Argentinien, Kanada: 2008; Mexiko: 2006; Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwv24

Selbstlos für den guten Zweck

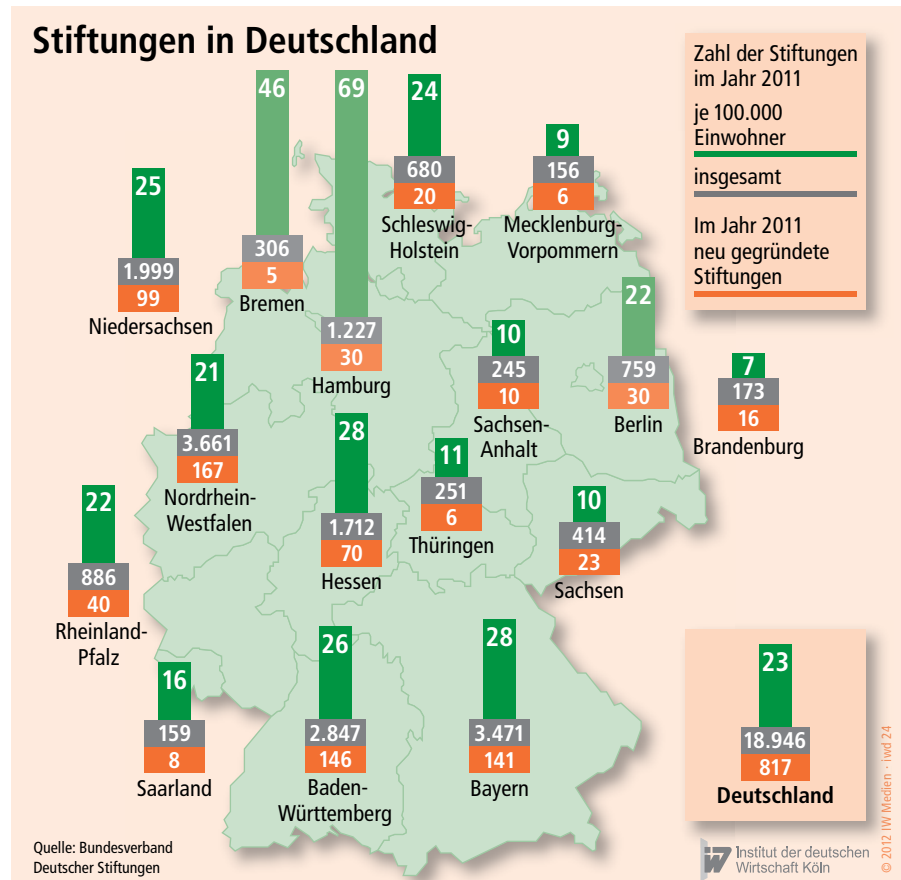
Stiftungen. Die Zahl der Stiftungen in der Bundesrepublik ist im vergangenen Jahr auf einen Rekord von fast 19.000 gestiegen. Unterstützt werden vor allem soziale, bildungsorientierte und kulturelle Projekte.

Allein von 2000 bis 2009 sind, nicht zuletzt angetrieben durch eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen ab dem Jahr 2007, hierzulande knapp 8.800 Stiftungen (Kasten) neu gegründet worden. Selbst die jüngste Finanz- und Schuldenkrise, die mit sehr niedrigen Zinsen dazu führt, dass Stiftungsvermögen nur noch geringe Erträge abwerfen, hat den Zuwachs nicht gestoppt (Grafik):

Im Jahr 2011 kamen in Deutschland insgesamt 817 Stiftungen hinzu – 167 davon allein in Nordrhein-Westfalen.

Ein Beispiel ist die Kulturstiftung Kölner Dom. Sie unterstützt seit dem Herbst 2011 den Unterhalt der Kathedrale, der jeden Tag 33.000 Euro verschlingt. Um einen Beitrag zu diesen hohen Kosten zu leisten, hat die Kulturstiftung ein Startkapital von 250.000 Euro gesammelt und setzt nun auf Spender, die einen sternförmigen Stein erwerben, der dann mit ihrem Namen ins Nordportal des Doms „einzieht“.

Auch beim Stiftungsbestand liegt Nordrhein-Westfalen mit 3.661 Stiftungen vorn. Gemessen an der Bevölkerung stehen von den Flächenstaaten aber Bayern und Hessen mit 28 Stiftungen je 100.000 Einwohner an der Spitze, während in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg weniger als zehn Stiftungen je



Stiftungen

Stiftungen sind Vermögen, die einem speziellen Projekt gewidmet werden. Der Stifter legt die Verwendung seines Vermögens zu Lebzeiten aktiv und auf Dauer fest. Eine Stiftung ist gemeinnützig, wenn sie darauf abzielt, die Allgemeinheit selbstlos zu fördern. Dies gilt in Deutschland für rund 96 Prozent aller Stiftungen. Eine Stiftung hat weder Eigentümer noch Mitglieder oder Gesellschafter. Unternehmen unterstreichen mit ihren Stiftungen ihr gesellschaftliches Engagement und hoffen dabei natürlich auch auf einen Imagegewinn.

100.000 Köpfe registriert sind. Generell ist das Engagement in Städten besonders groß:

Mit 80 Stiftungen je 100.000 Einwohner ist Würzburg bundesweit Stiftungsstadt Nummer eins, gefolgt von Frankfurt am Main (73) und Hamburg (69).

Berlin dagegen belegt mit 22 Stiftungen je 100.000 Einwohner nur den vorletzten Platz unter den 50 größten deutschen Städten.

Bei knapp einem Drittel der Stiftungen steht das soziale Engagement im Mittelpunkt – die Initiativen finanzieren zum Beispiel Alten- und Pflegeheime. Weitere 15 Prozent investieren ihre Vermögenserträge in Bildungs- und Erziehungsprojekte. So verteilt etwa die Stiftung „Selbst. Los“ Kinder- und Jugendbücher, die der Buchhandel wegwerfen würde, über das Logistiknetz der „Tafeln“ an Bedürftige.

Finanzierung geht auch anders

Factoring. Die Finanzierung mittelständischer Firmen wandelt sich: Der Bankkredit ist auf dem Rückzug, alternative Formen wie die Eigenfinanzierung aus einbehaltenen Gewinnen oder das Factoring sind auf dem Vormarsch.

Beim Factoring tritt der Betrieb die Forderungen aus seinen Lieferungen ab und erhält dafür – gegen einen angemessenen Abschlag – sofort Geld von der Factoringgesellschaft (Kasten). Bis zu 90 Prozent der ausstehenden Forderung können so sofort verbucht werden.

Normalerweise läuft das anders: Die Kunden zahlen oft erst nach 40 Tagen oder gar zwei Monaten – deshalb muss das liefernde Unternehmen seine Umsätze für diese Zeit aus eigenen Mitteln oder über Bankkredite vorfinanzieren. Das Factoring schont somit die Liquidität und die Bilanzen. Denn die verkauften Forderungen sind nicht mehr in der Bilanz des Unternehmens enthalten.

Wie Factoring funktioniert

Das Unternehmen schließt mit einer Factoringgesellschaft („Factor“) einen Vertrag über den Verkauf seiner Geldforderungen aus Lieferungen und Leistungen. Der Factor sichert sich ab, indem er zuvor die Bonität der Schuldner, also der Kunden des Vertragspartners, überprüft. Zudem kann er sich gegen Ausfälle zu günstigeren Konditionen versichern als ein einzelnes Unternehmen. Für jeden einzelnen Kunden wird vertraglich ein Limit festgelegt, bis zu dem Forderungen angekauft werden können. Bei Lieferung wird der Kunde informiert, dass die Forderung an einen Factor verkauft und bei diesem zu begleichen ist. Ist das Limit noch nicht erreicht, kauft der Factor die Rechnung mit einem Abschlag an und übernimmt das Ausfallrisiko. Nach Bezahlung der Forderung durch den Abnehmer erhält das Unternehmen den Restbetrag abzüglich der vereinbarten Gebühr.

Factoring senkt also den Verschuldungsgrad und verkürzt die Bilanz, wenn die Mittel zur Reduktion der Verbindlichkeiten verwendet werden. Damit steigt die Eigenkapitalquote:

Inzwischen haben die Mittelständler in Deutschland eine Eigenmittelquote von 26 Prozent – vor einer Dekade waren es nur rund 17 Prozent.

Angesichts der geplanten Neuregelungen der Kreditvergabe im Rahmen von Basel III (Kasten) gewinnen Alternativen zum Bankkredit weiter an Bedeutung. So ist das

Factoring-Volumen in Deutschland in den vergangenen beiden Jahren zügig gewachsen (Grafik):

Im Jahr 2011 wuchs der Factoring-Markt um 19 Prozent auf gut 157 Milliarden Euro.

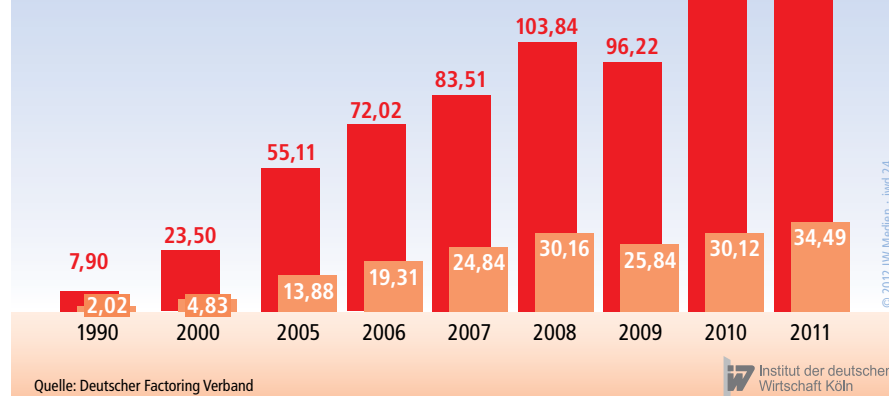
Die Mitglieder des Deutschen Factoring Verbands zählen 14.600 Unternehmen als Kunden. Factoring wird auch für grenzüberschreitende Lieferungen genutzt: 2011 wurden gut 34 Milliarden Euro mit internationalen Factoring-Leistungen umgesetzt.

Factoring: Rasanter Anstieg

Factoring ist eine Art der Unternehmensfinanzierung. Beim Factoring tritt der Betrieb die Forderungen aus seinen Lieferungen ab und erhält dafür – gegen einen angemessenen Abschlag – sofort Geld von einer Factoringgesellschaft.

Umsatz auf dem deutschen Factoring-Markt in Milliarden Euro

■ davon international



Basel III

Als Basel III bezeichnet man das Reformpaket des Basler Ausschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die bereits bestehende Bankenregulierung Basel II. Geschnürt wurde es als Reaktion auf die vergangene Finanz- und Wirtschaftskrise, die gezeigt hat, wo die bisherige Bankenregulierung Schwächen hat – etwa bei der Eigenkapitalausstattung der Banken. Die Geldhäuser sollen Kredite – auch solche an Mittelständler – künftig mit mehr eigenen Mitteln absichern. Die Kosten dafür dürften die Banken mittels höherer Zinsen an ihre Kunden weiterreichen.

Konsolidieren light

Bundshaushalt. Schon im Jahr 2014 will Deutschland das Defizitziel der Schuldenbremse einhalten. Doch ein echtes Indiz dafür, wie ambitioniert die Bundesregierung spart, ist das nicht.

Die Vorgaben der deutschen Schuldenbremse sind klar: Das sogenannte strukturelle Defizit des Bundes – das ist der Teil der neuen Schulden, der nicht mit einer schlechten Konjunktur zu erklären ist – darf im Jahr 2016 höchstens 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Momentan sieht es so aus, als könne der Finanzminister dieses Ziel problemlos erreichen.

Doch der vermeintliche Sparerfolg Deutschlands liegt vor allem darin begründet, dass die Steuereinnahmen momentan deutlich höher ausfallen als erwartet. Entsprechend taugt die Neuverschuldungsquote nicht, um zu beurteilen, wie weit es mit der Haushaltsdisziplin tatsächlich her ist.

Das lässt sich viel besser daran ablesen, ob die Bundesregierung die zusätzlichen Steuereinnahmen zum Defizitabbau nutzt. Und hier ist der Befund eindeutig (Grafik):

Nur im Jahr 2013 wird es im deutschen Staatshaushalt eine echte Konsolidierung geben, weil der Bund auf die Ausgabenbremse tritt.

Doch selbst dieser Erfolg ist nur geborgt: Die Bundesregierung verschuldet sich im Haushaltsjahr 2012 besonders stark – vor allem, um einen Teil der Finanzierungslasten des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auszugleichen. Entsprechend leicht lassen sich die Ausgaben im kommenden Jahr reduzieren.

Steuereinnahmen sanieren Staatshaushalt

in Milliarden Euro

Lesebeispiel: Im Jahr 2012 liegt die Neuverschuldung des Bundes bei voraussichtlich 34,8 Milliarden Euro. Das sind 17,5 Milliarden mehr als 2011. Die Ausgaben des Staates sind sogar um 21,8 Milliarden Euro gestiegen, doch Steuermehreinnahmen von 4,3 Milliarden Euro haben den Fehlbetrag reduziert.

	2012	2013	2014	2015	2016
Neuverschuldung des Bundes laut Eckwertebeschluss 2013 und Finanzplan 2012 bis 2016	34,8	19,6	14,6	10,3	1,1
Veränderung gegenüber Vorjahr, davon	+17,5	-15,2	-5,0	-4,3	-9,2
Steuermehreinnahmen gegenüber Vorjahr	4,3	7,9	10,4	8,2	11,3
Mehrausgaben des Staates gegenüber Vorjahr	21,8	-7,3	5,3	3,9	2,1

2012: 8,7 Milliarden Euro Ausgaben entfallen auf den Nachtragshaushalt zur Finanzierung des ESM
Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - IwD 24

Von 2014 bis 2016 soll nur ein Teil der Steuermehreinnahmen dafür genutzt werden, die Neuverschuldung zu reduzieren. Mit dem Rest werden zusätzliche Ausgaben finanziert. So ist gerade einmal die Hälfte der zusätzlichen Einnahmen der Jahre 2014 und 2015 für den Abbau der Neuverschuldung vorgesehen.

Doch dank guter Konjunkturaussichten wird es der Regierung wohl auch so gelingen, die Neuverschuldung bis 2016 nahezu vollständig abzubauen. Manchen Beobachtern reicht es daher völlig aus, wenn die Regierenden nur einen Teil der Steuermehreinnahmen nutzen, um die Neuverschuldung zu drücken – schließlich habe der Staat, so wird argumentiert, auch ständig höhere Kosten zu stemmen, beispielsweise durch den jüngsten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst.

Tatsächlich müssten die Staatsausgaben jedoch jedes Jahr sinken, wenn die Bundesregierung eine echte Konsolidierung erreichen will. Als die Regierung 2010 ihr Sparpaket beschloss, war genau das ihr erklärtes Ziel. Dass die gute Konjunktur dem Finanzminister deutlich

höhere Steuereinnahmen beschert, ist deshalb nicht nur positiv: Das hat dazu geführt, dass es die Bundesregierung mit dem Sparen nicht mehr so ernst nimmt wie damals.

Stattdessen könnte und müsste Deutschland den anderen Eurostaaten mehr denn je zeigen, dass es beim Sparen mit gutem Beispiel vorangeht – indem die Steuermehreinnahmen nahezu vollständig zur Konsolidierung genutzt werden. Das hat auch die Bundesbank kürzlich gefordert.

Dann könnte der deutsche Staat schon 2016 Überschüsse erzielen und beginnen, seine Schulden von mehr als 2 Billionen Euro abzubauen.

Dieser enorme Betrag schränkt den Handlungsspielraum des Staates erheblich ein – vor allem, wenn die Zinsen wieder steigen. Und schließlich darf eines nicht aus dem Blick geraten: Aktuell liegt die deutsche Staatsverschuldung „nur“ bei 82 Prozent des BIP. Doch schon ab rund 90 Prozent wird eine gefährliche Grenze überschritten – dann führen die Schulden zu spürbaren Wachstumseinbußen. Viel Luft bleibt Deutschland also nicht mehr.

Firmen denken an morgen

Nachhaltigkeit. Vor 20 Jahren haben sich 178 Nationen in Rio de Janeiro einem Nachhaltigkeitsleitbild verpflichtet. Heute ist dieses Leitbild ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur.

Die Idee des nachhaltigen Wirtschaftens geht auf die Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts zurück. Demnach sollte innerhalb einer bestimmten Zeit nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch Neupflanzungen wieder nachwächst, um den Wald dauerhaft und langfristig nutzen zu können.

Bis ein solches Konzept auch international populär wurde, dauerte es jedoch – nach dem Abschlussbericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ im Jahre 1987 befasste sich die UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro erstmals eingehend mit dem Thema Nachhaltigkeit. Eine ihrer Nachfolgekongressen, die „Rio+20“, wird

Adressaufkleber

Unternehmen: So wichtig ist ihnen Nachhaltigkeit

Nachhaltige Entwicklung stellt einen kontinuierlichen Prozess dar, in dem die ökonomische, ökologische und soziale Dimension in Unternehmen immer wieder neu abgewogen werden.

Auf die Frage: „Welchen Stellenwert hat eine so verstandene Nachhaltigkeit für Ihr Unternehmen?“ antworten so viel Prozent der Unternehmen

Nachhaltigkeit ist ein Bestandteil unseres Leitbildes	83
Nachhaltigkeit trägt zu Kostenreduktionen bei (z. B. Energie- und Materialeffizienz)	73
Nachhaltigkeit ist zur Erschließung von Zukunftsmärkten wichtig	65
Wir haben eine verantwortliche Stelle/Person für Nachhaltigkeitsbelange	62
Wir haben für uns konkrete Nachhaltigkeitsziele formuliert	60
Nachhaltigkeit ist für die Motivation der Mitarbeiter wichtig	60
Wir haben Nachhaltigkeit bereits mit unserem Kerngeschäft verknüpft (z. B. Entwicklung grüner Produkte oder Technologien)	59
Wir berücksichtigen Nachhaltigkeitsaspekte bei der Lieferantenauswahl	55
Wir kontrollieren regelmäßig die Erfüllung der Nachhaltigkeitsziele	52
Wir veröffentlichen einen Nachhaltigkeitsbericht	49
Nachhaltigkeit ist für unsere Unternehmensbewertung wichtig (Finanzmärkte)	43
Nachhaltigkeit ist für uns aufgrund kritischer Medienberichterstattung wichtig	37
Wir veröffentlichen keine Nachhaltigkeitsberichte, aber wir planen dies	10
Sonstiges	3

Mehrfachnennungen; Befragung von 157 Umweltextperten der Wirtschaft im März/April 2012
Quelle: IW-Umweltextpertenpanel

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 24

nun vom 20. bis 22. Juni wieder in Rio de Janeiro stattfinden.

Dieses Mal geht es vor allem um das Konzept der nachhaltigen Wirtschaft, also die sogenannte „Green Economy“, um die Armutsbekämpfung und um institutionelle Reformen, die das Konzept der Nachhaltigkeit stärker in die politischen Systeme der UN-Mitgliedsstaaten einbinden sollen.

Wie dringend nötig all das ist, zeigt der Status quo: Umweltzerstörung, Armut, Hunger und Menschenrechtsverletzungen sind in vielen Ländern noch immer trauriger Alltag. Dagegen wirkt Deutschland wie eine Insel der Glückseligen: Die Bundesrepublik hat eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie sowie einen Nachhaltigkeitsrat – und auch in den

Köpfen der Wirtschaft hat sich das Thema festgesetzt (Grafik):

Nachhaltigkeit ist laut dem aktuellen Umweltextpertenpanel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in vier von fünf Unternehmen ein fester Bestandteil des Leitbildes.

60 Prozent der Firmen haben konkrete Nachhaltigkeitsziele, mehr als die Hälfte kontrolliert regelmäßigeren Umsetzung. Doch nicht nur das Gewissen treibt die Unternehmen an, sondern natürlich auch ökonomisches Kalkül: Nachhaltigkeit hilft sparen, meinen die meisten, etwa, wenn durch umsichtiges Wirtschaften Energie und Material effizienter eingesetzt werden. Nicht zuletzt setzen die Betriebe auch auf eine bessere Bewertung durch Finanzinvestoren und Medien.

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.